

Inhalt

1. Die grundgesetzliche Asylrechtsgarantie — ein deutscher Sonderweg 13

Asyl im Grundgesetz und in ausländischen Verfassungen — das Asylgrundrecht als unvermeidbare Aufhebung der fremdenrechtlichen Zugangskontrolle — die mögliche Beeinträchtigung zwischenstaatlicher Beziehungen (der Fall Argoud) — die Ablehnung des individuellen Asylanspruchs in der allgemeinen Staatspraxis — die Besonderheiten des bundesrepublikanischen Grundrechtsschutzes und der Verlust der politischen Handlungsfreiheit von Parlament und Regierung — ein Vergleich zu Frankreich (ETA), Niederlande („Aramäer“), Schweden (Libanesen) — der Übergang der politischen Verantwortung auf die Verwaltungsgerichte

2. Zur Entstehung des Asyl-Grundrechts 28

Das Bild des politisch Verfolgten im Parlamentarischen Rat und der Erfahrungshorizont der Abgeordneten — Asyl nicht Ausformung des Menschenwürdeschutzes, sondern primär ein durch Völkerrecht begrenztes Privileg politischer Aktivisten — „Generosität“ durch Verzicht auf politische Selektion („absolutes“ Asylrecht) — keine Voraussicht der Folgen des Art. 19 IV GG — die Gegenwart für den Parlamentarischen Rat: deutsche Vertriebene und Flüchtlinge, Heimatlose Ausländer und Besatzungshoheit (der Breda-Fall)

3. Asylrechtspraxis bis 1973 38

Die Inanspruchnahme durch Ostblockflüchtlinge — das Asylgrundrecht als Ersatz für die fehlende Gastarbeitervereinbarung (Jugoslawien) — Asylbewerber im Gastarbeiterstrom

4. Krise und Neuordnung des Asylverfahrens 41

Die Umgehung des Anwerbestopps: durch Verfolgungsbehauptung und Rechtsschutzgewähr (Art. 16 II 2, 19 IV GG) ein Jedermann-Recht auf sechsjährigen Aufenthalt — staatliche Reaktion: statt Änderung des Asylgrundrechts Änderung des Verfahrens — quantitative Abschwünge seit 1981 und Aufschwünge seit 1984/85 — Asylberechtigte, Asylbewerber, De facto-Flüchtlinge und Kontingent-Flüchtlinge in der Bundesrepublik

5. Politische Rahmenbedingungen der Asylrechtsdiskussion 48

Interessengruppen und ihre juristischen und kirchlichen Fürsprecher — einäugige Information und Agitation eines rechtsfeindlichen Humanitarismus (der Fall Alviola) — Asylbewerber im politischen Langzeit-Kalkül — das Problem der Integrationsfähigkeit

6. Wandlungen des Begriffs der „politischen“ Verfolgung	57
6.1 <i>Das Verständnis im Parlamentarischen Rat</i>	57
Politische Täter (Staatschutz) und Gruppenverfolgte — Konkretisierung durch § 28 AuslG 1965	
6.2 <i>Die Neubestimmung des Begriffs nach 20 Jahren</i>	59
Politischer Terrorismus und Änderungen des Auslieferungsrechts — Einengung des Verfolgtenbegriffs durch die Rechtsprechung — über Wert und Unwert der Entstehungsgeschichte des Asylgrundrechts	
6.3 <i>Exkurs: Zwei Irrtümer des Parlamentarischen Rats</i>	64
Zurückweisung an der Grenze — „Polizeiaufsicht“ über Asylberechtigte	
7. Neue Asyltatbestände?	67
7.1 <i>Die Verbindung des Asyls mit dem Schutz der Menschenwürde</i>	67
Das Verhältnis des Asylgrundrechts zum Menschenwürdeschutz — die Formel „Voraussetzungen und Umfang“	
7.2 <i>Asyl für Wehrdienstverweigerer und Kriminelle?</i>	70
Wehrdienstverweigerung als Ausprägung des Menschenwürdeschutzes und ihre Bestrafung eine politische Verfolgung? — Folter als Verletzung der Menschenwürde — Folter als Politikum — die gewöhnliche Straftat als Asylbedingung — Folter als Indiz für politische Verfolgung	
7.3 <i>Die Menschenwürde als Kriterium der Verfolgung</i>	76
Schikane oder Verfolgung — Rechtsprechung zur „Folter als Asylgrund“	
7.4 <i>Die UN-Folterkonvention</i>	79
Kein neuer Asyltatbestand, aber Zurückweisungs- und Auslieferungsverbot — Folterdefinition und islamische Leibesstrafen — Auslieferungspraxis in der Bundesrepublik — Widerspruch von Fortschrittsglaube und westlichen Humanitätspostulaten zu den Menschenrechtsverständnissen in Moskau und Teheran — Verbot humanitärer Intervention, aber Gebot humanitärer Ausfallbürgschaft — Nachteile der Konvention für die Bundesrepublik	
7.5 <i>Asyl für die verfolgte Frau?</i>	88
Die Geschichte einer Interpretationsempfehlung des Europäischen Parlaments — Beschneidung, Homosexualität und Ehebruchsstrafen — Frauen als Kollektiv-Verfolgte	
7.6 <i>Zwischenbilanz</i>	91
Entprivilegierung des „politischen Straftäters“ — Menschenrechtsverletzung und „politische“ Verfolgung	

8. Die Verfolgung	93
<i>8.1 Der staatliche und der nichtstaatliche Verfolger</i>	93
Der ernste und sonst ausweglose Notfall als Asylbedingung — Krieg und Hungersnot als „politische Verfolgung“? — der eigene Staat als notwendiger Träger der Verfolgung — Gleichstellung von Militärorganisationen (El Fatah) bei Situationsgleichheit für den Flüchtling — Bestrafung von Fahnenflucht als politische Verfolgung? — der Unterschied zwischen staatlichem Schutzwillen und staatlicher Schutzfähigkeit: Ahmadi-Pogrom, Sikh-Pogrom, Türkischer Bürgerkrieg — Militärdiktatur als notwendige Demonstration staatlichen Schutzwillens? — Verfolgung, Staatsschutz oder Bürgerkrieg: der Fall Sri Lanka	
<i>8.2 Die Verfolgungsprognose</i>	107
Erste Fortsetzung des Falles Sri Lanka: das Problem der Pogrom-Prognosen — die Bundesrepublik als allgemeine Minderheiten-Zuflucht?	
<i>8.3 Die Verfolgung von Staatsschutzdelikten als „politische Verfolgung“</i> 109	
Die Maßgeblichkeit der Verfolgungsmotive — strafrechtliche Unterdrückung von Minderheiten — zweite Fortsetzung des Falles Sri Lanka	
<i>8.4 Dauer und Ende der Verfolgung</i>	119
Entwicklung von Rechtsprechung und Gesetzgebung zum „anderweitigen Schutz“ des Verfolgten: Folgen einer falschen Fragestellung — über die Formel „Recht auf freie Wahl des Zufluchtstaates“ — Begriff des „Schutzes“ und seines „Kerngehalts“ — wohlthätige Gerichtsentscheidungen und ihre Konsequenzen in der Praxis von Asylanwältinnen — Ende der Verfolgung für den „heimlichen Flüchtling“ — der „nicht nur vorübergehende“ Aufenthalt — Schutz im „Durchgangsland“ (der Fall Pakistan) — Asyltouristik	
<i>8.5 Die Nachflucht</i>	139
Seitenwechsel, Republikflucht, Mitgliedschaft in Emigrantengruppen, Asylantrag — Entwicklung der Rechtsprechung — historische Ausgangslage der Flüchtlingskonvention — der Sinn der „Generosität“ des Parlamentarischen Rates: Caritas urbi et orbi? — anzuerkennende Nachfluchtgründe	
9. Auslieferung und Asyl	152
<i>9.1 Der Fall Altun</i>	152
Emigration oder Flucht eines Zwanzigjährigen — Auslieferungshaft nach türkischem Interpol-Antrag — Entscheidungen im Auslieferungsverfahren: Kammergericht, Bundesverfassungsgericht, Europäische Menschenrechtskommission — Entscheidungen im Asylverfahren: Bundesamt, Verwaltungsgericht Berlin — die Mobilisierung relevanter Öffentlichkeit und das Medien-Echo — politische Begleitmusik oder Instrumentierung eines Auslieferungsfalles für andere Zwecke — Auswärtiges Amt, Justiz- und Innenministerium auf der Suche nach der richtigen Fallbeendigung — die politische Verwertung eines Selbstmordes	

9.2 Auslieferungs- und Anerkennungsverfahren im Vergleich	159
Eigenart der verschiedenen Rechtsansprüche und die Folgen für die Ausgestaltung der Verfahren — Zahl der jährlichen Auslieferungsanträge und der Gerichtsverfahren — die Bewilligungsrate bei türkischen und jugoslawischen Auslieferungsersuchen — der Schnittpunkt von Auslieferungs- und Asylverfahren	
9.3 Die Bindungsregelung im geltenden Auslieferungsrecht	163
Tatbestands- und Feststellungswirkung gegen Entscheidungsdivergenz und Rechtsunsicherheit — die Allgemeinverbindlichkeit anerkennender und ablehnender Entscheidungen des Bundesamts	
9.4 Der Vorschlag der „Grünen“: Bindung und Aussetzung	166
Maximierung des Asylrechtsschutzes — Verzögerung des Auslieferungsverfahrens ohne Rücksicht auf die Verhältnismäßigkeit der Auslieferungshaft	
9.5 Der Vorschlag der SPD-Fraktion: Beschleunigung des Asylverfahrens und Bindung des Oberlandesgerichts	169
„Vorrangverfahren“ in der überlasteten Verwaltungsgerichtsbarkeit — Begrenzung der Auslieferungshaft — Nichtberücksichtigung anderer Rechtsbehelfe — Vereitelung des Auslieferungsanspruchs durch Rechtsmittel, Rechtsbehelfe und Verfahrensanträge	
9.6 Der Vorrang des Auslieferungsverfahrens	174
9.6.1 Der andere Lebenssachverhalt des Auslieferungsverfahrens	174
Die ausschließliche Zuständigkeit des Oberlandesgerichts unter den Aspekten des Asylgrundrechts, des Grundrechts auf gerichtlichen Rechtsschutz und auf Gleichbehandlung — § 18 AsylVfG und die Rechtssicherheit	
9.6.2 Unanfechtbare Entscheidungen des Bundesamts	176
Der Eintritt der Tatbestands- und Feststellungswirkung der Anerkennung — die Gründe für die Unbeachtlichkeit der anerkennenden oder ablehnenden Entscheidungen des Bundesamts im Auslieferungsverfahren — Konflikt zwischen Rechtssicherheit und Rechtsrichtigkeit?	
9.6.3 Rechtskräftige Entscheidungen der Verwaltungsgerichte	179
Streitgegenstand im Asyl- und im Auslieferungsverfahren — materielle Rechtskraft entscheidungserheblicher Vorfällen — die Bedeutung der Tatbestands- und Feststellungswirkung der Entscheidungen des Bundesamts für die objektiven Grenzen der materiellen Rechtskraft — der Einfluß des § 18 Satz 2 AsylVfG auf die Rechtskraft des verwaltungsgerichtlichen Urteils über die Asylberechtigung — das Aufenthaltsrecht des Asylberechtigten — zur Verlässlichkeit von Spezialitätszusagen	
10. Ergebnisse	187